



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 06.10.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 01.09.2016, 15:30 Uhr bis 18:44 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Ladenberger	StadtAG Behindertenpolitik
Herr Hans Schwanitz	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Wiener	pro Köln
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
---------------------	---

Beratende Mitglieder

Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christoph Klausing	CDU
-------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Scholz	DEINE FREUNDE
Herr Dr. Roland Quinten	AfD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
------------------------	----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	Caritasverband

Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Alexander Sperling	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Thilo Fußien	Aidshilfe Köln e.V.

Der Vorsitzende Herr Paetzold begrüßt sehr herzlich den neuen Dezernenten für Soziales, Integration und Umwelt, Herrn Dr. Rau.

Herr Dr. Rau stellt sich den Mitgliedern des Sozialausschusses vor. Er bittet die kurzfristige Absage des Termins mit den sozialpolitischen Sprechern/innen zu entschuldigen. Aufgrund eines kurzfristig einberufenen Termins des Ministerium für Städtebau NRW zum Integrierten Handlungskonzept „Starke Veedel – starkes Köln“, musste dieser Termin verschoben werden.

Eine der wesentlichen Fragen, die ihn als neuen Sozialdezernenten beschäftigt, ist wie die Menschen in ihrer Gesellschaft leben bzw. in Köln zukünftig leben wollen. Nach seiner Einschätzung befindet sich die Gesellschaft in einem Umbruch. Unsere Gesellschaft als Gesamtheit wie auch die Kölner Stadtgesellschaft stehe vor großen Herausforderungen. Ob unsere Gesellschaft weiterhin von Solidarität gekennzeichnet ist und eine Kultur der Vielfalt sei oder ob unsere Gesellschaft ängstlich und neidvoll würde, entscheide sich im Angesicht der großen politischen und sozialen Aufgaben, die es zu lösen gilt. Er möchte sich dafür stark machen, auch weiterhin ein solidarisches Miteinander zu befördern. Die Finanzbedarfe im sozialen Bereich steigen nach seiner Einschätzung stärker als in anderen Bereichen. In Köln stehen die Sozialräume bzw. Quartiere und Veedel im Fokus. Die Idee der starken Veedel sei für ihn daher auch besonders wichtig. Er teilt den Mitgliedern des Ausschusses mit, dass das Rahmenkonzept des Integrierten Handlungskonzeptes mündlich bereits genehmigt worden sei. Einige Einzelanträge werden bereits gestellt, weitere werden folgen.

Herr Dr. Rau sehe Politik, Träger und Verwaltung nicht auf verschiedenen Seiten, empfinde, dass alle in gleicher Verantwortung für die zu bewältigenden Aufgaben stehen. Eine jede Gruppe sei in ihrer spezifischen Rolle an der Verbesserung des sozialen Kölns interessiert. Die Herausforderung der gemeinsamen Aufgabe müsse wirkungsorientiert angegangen und verfolgt werden. Notwendig sei in diesem Kontext die maximale Wirksamkeit der eingesetzten finanziellen Mittel. Er verfolge die Vision eines sozialen Kölns und lädt alle Menschen ein, daran teilzunehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, folgende Tagesordnungspunkte in die nächste Sitzung zu verschieben.

TOP 2.1, TOP 2.1.1 (bei diesen beiden Top`s warte der Sozialausschuss noch auf die Verwaltungsvorlage), TOP 3.1, da die KVB-Vertreter den heutigen Termin abgesagt haben auch die TOP`s 10.1 und TOP 10.2, TOP 12.8,

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf den Dringlichkeitsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen unter TOP 2.2 hin.

TOP 9.2 ist nicht umgedruckt worden, bleibt jedoch auf der Tagesordnung. Er bittet darum den 10. Flüchtlingsbericht zur nächsten Sitzung etwas früher fertigzustellen, damit dieser auch rechtzeitig gelesen werden könne.

Zu TOP 11.2.3 liegt der Wegweiser der Selbsthilfegruppen aus.

TOP 7.1.1 und TOP 7.1.4 und die Antworten dazu sollten gemeinsam behandelt werden, gleiches gilt für TOP 9.1.1 und TOP 9.1.1.1.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln. TOP 2.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/0456/2016

2.1.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln. TOP 2.1.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/0514/2016

2.2 Einrichtung einer temporären Flüchtlingsunterkunft in Köln-Marsdorf
AN/1417/2016

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Barrierefreier Zugang zur Domplatte. TOP 3.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
2262/2015

- 3.2 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel
hier: Maßnahmebewilligungen 2016
2238/2016
- 3.3 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2016
2680/2016
- 3.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2016
2525/2016
- 3.5 Verteilung der Globalmittel 2016 an die Wohlfahrtsverbände, wurde ursprünglich unter TOP 4.3 umgedruckt
2267/2016
- 3.6 Förderung von Frauenvereinen im Sozialbereich 2016, wurde ursprünglich unter TOP 4.4 umgedruckt
2529/2016

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln; hier: Heinrich-Rohlmann-Str. 11, 50829 Köln (Ossendorf)
0750/2016
- 4.2 Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Kosten der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Köln-Rondorf
2245/2016
- 4.3 Errichtung von Containerbauten auf dem Grundstück Eygelshovener Str. 33, 50999 Köln; hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln
1051/2016

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

- 7.1 Anfragen und Beantwortungen
 - 7.1.1 Angemessenheit der Unterkunft im SGB II und neuere Rechtsprechung. TOP 7.1.2 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/0966/2016

- 7.1.1.1 Angemessenheit der Unterkunft im SGB II und neuere Rechtsprechung, War vorher TOP 8.1.2.2 auf der TO 2180/2016
- 7.1.2 Überdurchschnittlich hohe Anzahl von wohnungslosen Personen in Köln AN/1289/2016
 - 7.1.2.1 Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates - An/1289/2016 - der Fraktion Die Linke 2567/2016
- 7.1.3 Gewährung der Mietkaution als Darlehen im ALG II-Bezug AN/1359/2016
- 7.1.4 Was gilt als angemessener Wohnraum in Köln? TOP 8.1.2 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016. War vorher TOP 8.1.2 auf der TO AN/1026/2016
 - 7.1.4.1 Angemessener Wohnraum in Köln. War vorher TOP 8.1.2.1 auf der TO 2179/2016

8 JobCenter Köln

- 8.1 Anfragen und Beantwortungen
 - 8.1.1 Anrechnung des Einkommens im ALG II-Bezug. TOP 8.1.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 AN/0967/2016
 - 8.1.2 Nachfrage von Herrn Klausung zum Thema Gemeinwesenarbeit aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 09.06.2016

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 3.6 2414/2016
- 8.2 Bericht des Jobcenter Köln 2716/2016

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 9.1 Anfragen und Beantwortungen
 - 9.1.1 Gesundheitskarte für Flüchtlinge. TOP 9.1.8 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 1792/2016
 - 9.1.1.1 Nutzung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge 2388/2016

- 9.1.2 Unterbringung und Schutz für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge und Entwicklung der Zahl aller Geflüchteten im Asylverfahren. TOP 9.1.7 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/1023/2016
 - 9.1.2.1 Mündliche Anfragen zu besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen
1962/2016
 - 9.1.2.2 Unterbringung und Schutz für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge und Entwicklung der Zahl aller Geflüchteten im Asylverfahren (AN/1023/2016)
2437/2016
- 9.1.3 Kommunalübergreifende Kooperation zur Flüchtlingsunterbringung. TOP 9.1.6 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/1002/2016
 - 9.1.3.1 Kommunalübergreifende Kooperation zur Flüchtlingsunterbringung
Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln (AN/1002/2016)
2459/2016
- 9.1.4 Zahlen der Verteilung von Flüchtlingen auf Stadtbezirke
2695/2016
- 9.1.5 Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften
AN/1383/2016
- 9.2 9. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
2866/2016
- 9.3 Unterbringung von Flüchtlingen im Hotel Elite, Meister-Gerhard-Str. 26, 50674 Köln-Neustadt/Süd
2474/2016
- 9.4 Unterbringung von Flüchtlingen:
Hotel Königshof, Richartzstr. 14-16, 50667 Köln-Innenstadt
2533/2016
- 9.5 Unterbringung von Flüchtlingen
Hotel Blaubach 13, Blaubach 13, 50676 Köln
2734/2016
- 9.6 KOMM-AN NRW zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen - Sachstandsbericht
2859/2016

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

- 10.1 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG. TOP 10.2. auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung des OLG Schleswig
1670/2016
- 10.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG. TOP 10.3 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016
- 10.3 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2016
2385/2016

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
 - 11.1.1 Einschränkungen des Bürgerservices. TOP 11.2.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/0833/2016
 - 11.1.1.1 Einschränkung des Bürgerservice 1684/2016 - Beantwortung von Fragen
2355/2016
 - 11.1.1.2 Einschränkung des Bürgerservice Köln-Pass - Bezug AN/0833/2016 und 1684/2016
2448/2016
 - 11.1.2 Abschiebungen in Köln: Was hat sich durch die neue Gesetzgebung geändert? TOP 11.1.2 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/0653/2016
 - 11.1.3 Nachfrage zur Schulbegleitung als Eingliederungshilfe
2455/2016
 - 11.1.4 Sachstand Neubau erstes Frauenhaus. TOP 11.2.5 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/1022/2016
 - 11.1.4.1 Sachstand Neubau erstes Frauenhaus AN/1022/2016
2323/2016

- 11.1.5 Fortschreibung des 2012 vorgestellten Monitoring Stadtentwicklung AN/1290/2016
- 11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
 - 11.2.1 Antwort zur mündlichen Anfrage zu Vergünstigungen für Köln-Pass-Berechtigte bei der Netcologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH 2523/2016
 - 11.2.2 Fließen Expertisen der Kölner Hochschulen in die Planungen zur Kölner Flüchtlingsaufnahme und zur Bekämpfung der Wohnungsnot ein? AN/1357/2016
 - 11.2.3 Gründung einer Metropolregion
Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 14.04.2016 - AN/0660/2016 2877/2016
- 11.3 Mündliche Anfragen
- 12 Mitteilungen**
 - 12.1 Musterstreitvereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem Landschaftsverband Rheinland über die sachliche Zuständigkeit für Integrationshelfer in Schule und Kita 1904/2016
 - 12.2 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen"
Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung 2100/2016
 - 12.3 Wegweiser für die Palliativ- und Hospizversorgung in Köln 2382/2016
 - 12.4 Wegweiser "Selbsthilfegruppen in Köln, Ausgabe 2016 / Flyer der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln 2422/2016
 - 12.5 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2015 2403/2016
 - 12.6 Durchführung einer Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor" 2776/2016

- 12.7 Köln-Pass als Chipkarte einführen, Prüfauftrag vom 16.11.2015
2562/2016
- 12.8 Veröffentlichung der Broschüre "Lebendiges Romanes in Köln - in Kitas,
Schulen und Lehrer*innenbildung Köln"
2769/2016
- 12.9 1. Sachbericht zum EHAP-Projekt BONVENA, Berichtszeitraum 01.01. bis
30.06.2016
2751/2016
- 12.10 Einrichtung einer Mehrstelle für Prävention und zum Abbau von Intoleranz,
Diskriminierung und Ausgrenzung
2779/2016

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln. TOP 2.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 AN/0456/2016

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

2.1.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln. TOP 2.1.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 AN/0514/2016

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

2.2 Einrichtung einer temporären Flüchtlingsunterkunft in Köln-Marsdorf AN/1417/2016

Frau Gärtner begründet den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Sie bemerkt, dass Flächen für den Aufbau von temporären Flüchtlingsunterkünften fehlen würden. Die Errichtung temporärer Flüchtlingsunterkünfte sei jedoch notwendig, um die belegten Turnhallen an den Schul- und Vereinssport zurückgeben zu können. Das Land NRW sei an dem Standort Köln-Marsdorf nicht mehr interessiert. Deshalb solle von der Verwaltung geprüft werden, ob dieser Standort Köln-Marsdorf als städtischer Standort für eine Flüchtlingsunterkunft geeignet sei.

Frau Heuser unterstützt die Aussagen von Frau Gärtner.

Herr Detjen teilt mit, dass er den Antrag unterstützen würde, wenn die Worte kurzfristig und temporär in dem Antrag gestrichen würden. Er spricht sich für eine höhere Qualität bei den Flüchtlingsunterbringungen aus. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Leichtbauhallen würde kaum eine bessere Qualität als die Turnhallen bedeuten.

Herr Corneth spricht sich für gemeinsame Standards in der Flüchtlingsunterbringung aus. Er sagt die Unterstützung des Mietervereins zu.

Frau Hoyer sagt die Unterstützung zu dem vorliegenden Antrag zu. Sie ist der Meinung, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in Containerbauten und in Leichtbauhallen gegenüber der Unterbringung in Turnhallen vorzuziehen sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass mit dem Begriff ‚kurzfristig‘ im Antrag das kurzfristige Handeln der Verwaltung gemeint sei. Zum Begriff ‚temporär‘ erinnert er daran, dass Herr Ludwig in der letzten Sozialausschusssitzung gesagt habe, dass dies für die Verwaltung 10 – 15 Jahre bedeuten kann. Er bittet die Verwaltung darum alle Möglichkeiten der Flüchtlingsunterbringung zu prüfen.

Herr Ludwig teilt mit, dass die Fläche in Köln-Marsdorf in Zukunft für die Nutzung von Zulieferern des geplanten Frischezentrums benötigt würde. Er bezweifele daher, dass die Fläche zehn oder mehr Jahre für eine Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung stehe. Da es sich um ein Gewerbegebiet handeln würde, könnte eine Unterbringung von Flüchtlingen auch nur für einen temporären Zeitrahmen stattfinden. Aufgrund der nicht sehr optimalen Anbindung an das Gewerbegebiet eigne diese Fläche sich nicht für alle Gruppen der unterzubringenden Flüchtlinge.. In der Nähe seien bereits zwei Flüchtlingsunterbringungen in Containerbauweise.

Frau Gärtner schlägt vor, das Wort ‚kurzfristig‘ aus dem Prüfantrag zu streichen, das Wort ‚temporär‘ jedoch Bestandteil des Prüfantrages bleiben solle.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt folgenden Prüfauftrag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob auf dem Gelände in Köln-Marsdorf, das ursprünglich für eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW für Flüchtlinge vorgesehen war, eine temporäre Flüchtlingsunterkunft durch die Stadt errichtet werden kann.

(Das Wort **kurzfristig** ist aus dem ursprünglichen Antrag entfernt worden.)

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung von Herrn Detjen **zugestimmt**

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Barrierefreier Zugang zur Domplatte. TOP 3.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 2262/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3.2 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel hier: Maßnahmebewilligungen 2016 2238/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung aus den im Haushaltsplan 2016/ 2017 im Teilergebnisplan 0504 - Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15 - Transferaufwendungen veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2016 Zuschüsse an die in der Begründung genannten Träger zur Verlängerung von Maßnahmen in Höhe von insgesamt 50.994 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3.3 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2016 2680/2016

Frau Lerchner fragt, wie das Verfahren über die verbleibende Mittelverteilung sei und wie das Bewerbungsverfahren aussehe. Sie bittet darum, dass dem Sozialausschuss der Erfahrungsbericht in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werde.

Frau Rehberg antwortet, dass Bewerbungen jederzeit abgegeben werden können. Die finanziellen Mittel seien bereits fast ausgeschöpft und den Erfahrungsbericht werde sie dem Sozialausschuss vorlegen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2016 Mittel für Antirassismus-Training 2016 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training veranschlagt, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren in seiner Sitzung am 09.06.2016 beschlossen, aus diesen Mitteln ein Projekt mit 2.000 € zu fördern.

Aus den verbleibenden Mitteln in Höhe von 48.000 € werden in einem zweiten Schritt Mittel für weitere Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Trainings im Jahr 2016 in einer Gesamthöhe von 6.400 € an zwei Träger gemäß Anlage 1 – unter dem Vor-

behalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 – vergeben.

Die voraussichtlich verbleibenden Mittel in Höhe von 41.600 € werden in weiteren Schritten möglichst nach Genehmigung des Haushaltes 2016/2017 vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**3.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2016
2525/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Vorsitzende des Unterausschusses Selbsthilfegruppen (UAS), Frau Heuser zu berichten.

Die Vorsitzende des UAS Frau Heuser teilt mit, dass der UAS dem Sozialausschuss empfiehlt, der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses Selbsthilfegruppen des Ausschusses Soziales und Senioren sowie des Gesundheitsausschusses, im Haushaltsjahr 2016 die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich – unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 - gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern.

Dazu gehört auch die Förderung von KISS-Gruppen, die ihre Mittel nicht direkt von der Stadt erhalten, sondern über die Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln (ehemals KISS) gefördert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**3.5 Verteilung der Globalmittel 2016 an die Wohlfahrtsverbände, wurde ursprünglich unter TOP 4.3 umgedruckt
2267/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, im Haushaltsjahr 2016 die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln – unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 - gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben).

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderbeträge, abzüglich der bereits gewährten

Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltswirtschaftlichen Bestimmungen unverzüglich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2016/2017 ausbezahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**3.6 Förderung von Frauenvereinen im Sozialbereich 2016, wurde ursprünglich unter TOP 4.4 umgedruckt
2529/2016**

Herr Detjen teilt mit, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss so frühzeitig zu beschließen habe, dass der Rat bereits diesen November den Jahresabschluss billigen könne.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Frauenvereine

- Feministisches Frauengesundheitszentrum „Hagazussa e.V.,
- Agisra e.V.,
- FrauenLeben e.V. und
- Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.

im Haushaltsjahr 2016 - unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 - mit Haushaltsmitteln entsprechend der Anlage 1 zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen**

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

**4.1 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln; hier: Heinrich-Rohmann-Str. 11, 50829 Köln (Ossendorf)
0750/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass diese Kostensteigerung mit Ansage kam, und der Sozialausschuss über deutliche Kostenerhöhungen in der Vorlage informiert werde.

Frau Heuser sagt, dass sie dieser Beschlussvorlage zustimmen werde. Sie weist daraufhin, dass es bereits öfters zu erheblichen Kostenüberschreitungen gekommen sei.

Herr Dr. Rau informiert den Sozialausschuss darüber, dass ein weiterer Beschlussvorschlag in Vorbereitung sei. Sämtliche Unterkunftskosten seien addiert und bewertet worden. Aufgrund notwendiger ämterübergreifender Abstimmungen könne diese Vorlage dem Ausschuss noch nicht vorgelegt werden. Der Beschlussvorschlag wird

Planabweichungen in Höhe von 35,4 Millionen Euro ausweisen. Dieser Beschlussvorschlag sei von seiner Größenordnung sehr bedeutsam.. Diese Vorlage beinhalte auch kompensatorische Maßnahmen.. Die nächsten Gremien Finanzausschuss und Rat sollen mit der Vorlage erreicht werden und er möchte dennoch den Sozialausschuss noch mit in die Beratung einbinden.

Herr Ludwig teilt mit, dass im Herbst 2015 eine Vielzahl von Notmaßnahmen getroffen werden mussten, um der Unterbringungsverpflichtung nachkommen zu können. Diese Notmaßnahmen beinhalten u.a. die Belegung von über zwanzig Turnhallen. Diese Form der Unterbringung verursacht deutlich höhere Kosten als von der Verwaltung ursprünglich vorgesehen. Die Kostenerhöhungen resultieren überwiegend aus dem Betrieb der großen Einrichtungen. Diese Kosten waren in der Gänze nicht voraussehbar und nicht zu vermeiden, da Unterbringungsverpflichtung bestehe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt ein Fachgespräch der sozialpolitischen Sprecher/innen vor, da eine Sondersitzung des ASS vor der Ratssitzung kaum möglich sei, sich aber die Sozialpartie vor der Ratssitzung mit der schlussgezeichneten Vorlage beschäftigen solle und wolle.

Frau Schultes fragt wie der Kompensationsvorschlag aussehe.

Herr Dr. Rau informiert über Mehrerträge des Landschaftsverbandes Rheinland, Mehrerlöse aus den Kommunalen Aufwendungen des SGB II, durch frühzeitige Einsätze des Gesundheitsdienstes geringe Kosten für Behandlungen, so z. B. weniger TBC-Fälle).

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung die Schlusszeichnung der Vorlage zügig voran zu bringen.

Frau Hollmann bittet bei der zukünftigen Vorlage um eine Aufteilung zwischen Betriebskosten und Errichtungskosten und variablen und flexiblen Kosten. Sie sei verwundert, dass vorab keine Risikoberechnung von der Verwaltung durchgeführt wurde.

Herr Corneth und Frau Schmerbach bitten darum, dass die Kompensation in der Vorlage dargestellt werde.

Frau Hoyer bedankt sich dafür, dass der Sozialausschuss heute bereits mündlich über diese Vorlage informiert wurde. Sie teilt mit, dass die FDP der vorliegenden Vorlage zustimmen werde.

Frau Hollmann fragt wie viel Quadratmeter ein Flüchtling in der Unterbringung zur Verfügung stehe.

Herr Wiener teilt mit, dass er überrascht sei, dass alle anderen Fraktionen so überrascht seien, dass die Kosten so extrem gestiegen sind. Er erinnert sich, dass Frau Gärtner ihm gesagt habe, Geld dürfe in diesem Fall keine Rolle spielen.

Frau Gärtner weist diese Aussage von Herrn Wiener entschieden zurück.

Der Vorsitzende Herr Paetzold kann sich ebenfalls nicht an eine solche Äußerung von Frau Gärtner erinnern und er sei sich sicher, dass so eine Äußerung in keinem Protokoll niedergeschrieben sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung des im Rahmen der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise erbauten Objektes Heinrich-Rohlmann-Str. 11, 50829 Köln (Ossendorf), in Höhe von insgesamt 1.400.000 € zur Kenntnis.

Die investiven Auszahlungsermächtigungen i.H. von 1.400.000 € sind im Haushaltsplanentwurf 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 09, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, bei der Finanzstelle 5620-1004-5-5166 eingeplant.

Zur Finanzierung der konsumtiven Mehraufwendungen durch die Erhöhung der Abschreibung sind entsprechende Mittel im Haushaltsplanentwurf 2016/2017 im Teilergebnisplan 1004, Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen, eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.2 Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Kosten der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Köln-Rondorf 2245/2016

Frau Heuser teilt mit, dass sie der Alternative des Beschlussvorschlages zustimmen würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass die SPD der Verwaltungsvorlage zustimmen wollte. Er fragt, ob die Unterlagen vollständig dem Rechnungsprüfungsamt vollständig vorgelegen haben.

Herr Ludwig antwortet, dass die Unterlagen vollständig dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegen haben und dass es eine Stellungnahme dazu gebe. Sowohl der Beschlussvorschlag als auch die Alternative seien mit dem Rechnungsprüfungsamt erarbeitet worden. Die Mehrkostenbeschlüsse seien bereits im Rat verabschiedet worden.

Frau Hoyer teilt mit, dass die FDP dem Verwaltungsvorschlag zustimmen werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen aus ihrer Sitzung am 06.06.2016, TOP 8.1.12 und die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.3 Errichtung von Containerbauten auf dem Grundstück Eygelshovener Str. 33, 50999 Köln; hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln 1051/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die gebrauchten Container mindere Qualität aufwiesen.

Frau Schmerbach fragt, warum noch ein Beschluss gefasst werden müsse, da die Maßnahme bereits abgeschlossen sei. Hat das Rechnungsprüfungsamt diese Maßnahme geprüft und liegt dieser Prüfbericht vor? Zusätzlich fragt sie, warum die Elektroinstallation nicht reibungslos funktioniert habe.

Herr Ludwig antwortet, dass der Kauf der Container vom Rat beschlossen wurde. In der vorliegenden Beschlussvorlage handele es sich um einen Mehrkosten-Beschluss. Bei dieser Beschlussvorlage wurde das Rechnungsprüfungsamt einbezogen. Die Elektroinstallation der holländischen Container ist nicht in allen Dingen mit deutschen Standards vereinbar.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat. Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die entstandenen Kostenerhöhungen in Höhe von ca. 969.000 € zur Kenntnis und beschließt die Fortsetzung der Maßnahme.

Für den Mehrbedarf an investiven Auszahlungsermächtigungen stehen im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5620-1004-0-5999 - Flüchtlings-WH, Finanzmittel in Höhe von 969.000 € zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-2-5170 - Containeranlage Eygelshovener Str., bereitgestellt.

Für den konsumtiven Mehrbedarf durch Erhöhung der Abschreibung in Höhe von 23.071 € im Haushaltsjahr 2016 bzw. 69.214 € ab Haushaltsjahr 2017 sind in dem vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017, Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, bei Teilplanzeile 14 - Bilanzielle Abschreibungen, Mittel in entsprechender Höhe eingeplant.

Die Vorgaben des § 82 GO NRW wurden berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

7.1.1 Angemessenheit der Unterkunft im SGB II und neuere Rechtsprechung. TOP 7.1.2 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 AN/0966/2016

Die Tagesordnungspunkte 7.11, 7.1.1.1, 7.1.4 und 7.1.4.1 werden gemeinsam behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

7.1.1.1 Angemessenheit der Unterkunft im SGB II und neuere Rechtsprechung, War vorher TOP 8.1.2.2 auf der TO 2180/2016

Die Tagesordnungspunkte 7.11, 7.1.1.1, 7.1.4 und 7.1.4.1 werden gemeinsam behandelt.

Herr Scheffer bemängelt die Antwort der Verwaltung. Die Wohngeldnovelle sei seit einigen Tagen in Kraft getreten und es solle zeitnah eine Überprüfung der Unterstützung für die betroffenen Menschen stattfinden. Die Fragen zwei, drei und vier der Anfrage seien gar nicht beantwortet worden. Er kann sich nicht vorstellen, dass keinerlei Datenmaterial vorhanden sei, um diese Fragen zu beantworten. Er bittet darum, dass die noch offenen Anfragen zur nächsten Sitzung schriftlich beantwortet werden.

Herr Santelmann antwortet, dass es sich bei der vorliegenden Antwort nur um einen Zwischenbericht handeln würde. Man sei bereits in der Abstimmung für die restlichen Antworten.

Herr Wagner antwortet, dass zu diesen konkreten Fragen keine Daten vorliegen würden.

Frau Eggeling und Herr Detjen kritisieren, dass der Eindruck vermittelt werde, dass die Verwaltung der Wohngeldnovelle nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenken würde. Für die betroffenen Menschen bestehe dringender Handlungsbedarf.

Herr Detjen schlägt vor den speziellen Fachdienst, so wie er arbeitet, aufzulösen.

Herr Hegenbarth teilt die Bedenken der beiden Vorredner/in. Er bemängelt die Antwort zur Frage fünf, dass die Verwaltung beim Auszugsmanagement nicht mit entsprechenden Online-Plattformen zusammenarbeiten würde, da es gerade vom Land solche Angebote für die Kommunen geben würde. Er regt an, dass hier eine solche Zusammenarbeit angestrebt werden solle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

7.1.2 Überdurchschnittlich hohe Anzahl von wohnungslosen Personen in Köln AN/1289/2016

7.1.2.1 Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates - An/1289/2016 - der Fraktion Die Linke 2567/2016

Herr Detjen kritisiert, dass in der Antwort der Eindruck erweckt werde, es gebe keine Obdachlosen in Köln.. Ca. 25% aller Obdachlosen in NRW leben in Köln. Der mögliche Wohnraum in Köln stehe diesen Menschen überhaupt nicht mehr zur Verfügung, da die Mietpreise in Köln immer weiter steigen. Er spricht sich für ein neues Konzept gegen Obdachlosigkeit aus. In der Antwort finde sich kein örtliches kommunales Angebot.

Frau Hollmann schließt sich den Äußerungen von Herrn Detjen an. Sie bittet die Verwaltung diese Antwort in der Stadt-AG Wohnungslosenspolitik zu besprechen. Dort könnte der Bedarf noch einmal ermittelt und ein neues Konzept diskutiert werden. Sie kritisiert auch, dass Angebote für minderjährige Obdachlose gar nicht aufgeführt seien.

Frau Hoyer kann die geäußerte Kritik nicht nachvollziehen. Sie sagt, dass die Stadt Köln im Bereich der Obdachlosenhilfe gut aufgestellt sei und genügend Angebote vorhanden seien. Die Stadt-AG Wohnungslosenspolitik sei eine gute Einrichtung. Auch die konkreten Angebote, die dort mit Politik und Verwaltung erarbeitet würden, seien sehr gut. Es gebe aber auch eine Gruppe von Obdachlosen, die nicht erreicht werden könne.

Frau Blümel teilt mit, dass der vorliegende Bericht angemessen sei. Es gebe jedoch zwei Gruppen (Flüchtlinge und EU-Neubürger) die augenscheinlich nicht unter den Begriff "Obdachlose" fallen, jedoch den Wohnungsmarkt zusätzlich belasten. Politik und Verwaltung müssten überlegen, unter welchem Dach diese beiden Gruppen eingeordnet werden und dann dafür zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Die minderjährigen Obdachlosen seien häufig auch keine klassischen Obdachlosen.

Frau Eggeling wirft die Frage in den Raum, in welcher Kultur wir in Köln leben möchten. Es sei eben nicht nur eine begriffliche Diskussion, sondern es gebe in Köln immer mehr Obdachlose. Man könne moralisch nicht festlegen, wer eine Unterkunft erhalte und wer nicht. Also müssten alle Menschen, die hierher kommen, eine Unterkunft erhalten. Das Problem von jugendlichen Obdachlosen sei auch in Köln existent.

Frau Schmerbach teilt mit, dass in Ehrenfeld ganze Familien im Park übernachten würden. Sie schlägt vor, dass in einer der nächsten Sitzungen ein Antrag gestellt werden solle, in dem ein Konzept für die EU-Neubürger und für die Flüchtlinge beantragt werde.

Herr Detjen macht auf einen Artikel im Kölner Stadt Anzeiger aufmerksam, dass „viele Jugendliche durch das System fallen“. Es gebe sehr viele Ausnahmen. Wenn es so viele Ausnahmen gebe, müsste das grundlegende Konzept überarbeitet werden.

Herr Schumacher antwortet, dass es sich bei der hohen Zahl der Menschen, die in der Beantwortung genannt seien, um Personen handle, die von den Trägern der Wohnungslosenhilfe untergebracht seien. Die ca. 200 dem Sozialamt bekannten Menschen, die auf der Straße leben, würden die Angebote des Unterbringungssystems kennen. Bei den beschriebenen Maßnahmen handle es sich um Angebote, die mit

Landesmitteln (teilweise befristet) finanziert würden. Diese Maßnahmen würden regelmäßig evaluiert und bei Erfolg der Maßnahmen könne die Kommune diese Maßnahmen weiter finanzieren. Das Wohnungslosen-System funktioniere im Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Trägern, mit denen eine sehr gute Zusammenarbeit garantiert sei. Es finde auch mit wohnungslosen Menschen selbst ein regelmäßiger Austausch statt. Er nehme die Anregungen aus dem Sozialausschuss gerne auf und werde sie in die Stadt-AG Wohnungslosenspolitik kommunizieren.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob dieses Jahr bei der Winterhilfe alles funktionieren würde.

Herr Schumacher antwortet, dass die Verwaltung noch auf der Suche nach einer Liegenschaft für eine große Unterkunft sei. Auch werde nach weiteren Notschlafplätzen gesucht, die für die Winterhilfe benötigt werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

7.1.3 Gewährung der Mietkaution als Darlehen im ALG II-Bezug AN/1359/2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

7.1.4 Was gilt als angemessener Wohnraum in Köln? TOP 8.1.2 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016. War vor her TOP 8.1.2 auf der TO AN/1026/2016

Die Tagesordnungspunkte 7.11, 7.1.1.1, 7.1.4 und 7.1.4.1 werden gemeinsam behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

7.1.4.1 Angemessener Wohnraum in Köln. War vor her TOP 8.1.2.1 auf der TO 2179/2016

Die Tagesordnungspunkte 7.11, 7.1.1.1, 7.1.4 und 7.1.4.1 werden gemeinsam behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Anrechnung des Einkommens im ALG II-Bezug. TOP 8.1.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 AN/0967/2016

Herr Wagner teilt mit, dass die Antwort zu der Anfrage vorliege und an die Teilnehmer des Ausschusses versandt werde.

8.1.2 Nachfrage von Herrn Klausing zum Thema Gemeinwesenarbeit aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 09.06.2016

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 3.6 2414/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

8.2 Bericht des Jobcenter Köln 2716/2016

Frau Hollmann fragt, wie viele Mitarbeiter im Integration Point arbeiten, wie der begleitende Fachausschuss arbeiten würde und wer ist die hier genannte Expertin mit Fluchterfahrung sei. Die Statistik über die Vermittlung von Flüchtlingen empfand sie als sehr aussagekräftig. Sie hofft, dass die Flüchtlinge schneller und besser an Sprachkursen teilnehmen können.

Herr Wagner antwortet, dass SGB II seitig ein fester Stamm von zehn Mitarbeitern aus dem SGB II im Integration Point arbeitet. Dieser Stamm von zehn Mitarbeitern werde um weitere zwei bis vier weitere Mitarbeiter aufgestockt. Die Frage, zur Fachexpertin mit Fluchterfahrung werde er schriftlich beantworten. Am 06.09.2016 beginnt die Maßnahme KompAS mit welcher sich die Möglichkeiten zur kurzfristigen Sprachkurs- teilnahme verbessern. Das Jobcenter Köln habe ein großes Angebot an Sprachkursen eingekauft. Er sei zuversichtlich, dass alle Flüchtlinge, die über den Integration Point sowie durch das Jobcenter betreut würden, Sprachkurse besuchen können. Jedoch gebe es Wartezeiten von drei bis vier Monaten für die Integrationskurse. Dies sei ohne Zweifel zu lang.

Frau Hollmann fragt nach der Anzahl der Kurse, die in diesem Paket eingekauft wurden. Sie bittet darum, dass die Inhalte des Projektes „KompAS“ im nächsten Bericht dargestellt werden.

Herr Wagner antwortet, dass es 1.850 Plätze seien, die eingekauft wurden. Die Plätze im Programm „KompAS“ seien SGB II Leistungsempfängern vorbehalten. Das Thema wird im kommenden Jobcenter Bericht aufgegriffen. Es sei richtig, dass die Überleitung ins SGB II erfolgt, wenn das Asylverfahren anerkannt sei.

Herr Detjen fragt, warum die Anzahl der Langzeitarbeitslosen gestiegen sei.

Frau Hoyer teilt mit, dass Flüchtlinge zu lange warten müssten, bis sie in eine Beschäftigung oder in einen Sprach- oder Integrationskurs vermittelt würden. Sie fragt, ob nicht weitere Kurse oder finanzielle Mittel durch die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg bereitgestellt werden können.

Herr Wagner antwortet, dass die BA einmalig finanzielle Mittel bereitgestellt habe. Er werde gemeinsam mit Frau Stock im nächsten Ausschuss detaillierter berichten. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen sei tatsächlich gestiegen. Köln liege aber deutlich unter der Sollzahl, die im Rahmen der Zielvereinbarung zwischen Jobcenter und Bund geschlossen wurde.

Herr Kersjes regt an, dass die Plätze in den Integrations- und Sprachkursen auch von Menschen besucht werden sollen, die keine SGB II-Leistungsempfänger seien. Voraussetzung sei natürlich, dass Plätze in den Kursen frei bleiben.

Herr Wagner antwortet, dass er diesen Vorschlag aufgreife.

Frau Hollmann glaubt, dass teilweise – gerade mit dem Integration Point - an den Bedarfen der Menschen vorbei geplant werde. Sie vermutet auch, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen weiter steigen werde.

Herr Wagner antwortet, dass der Integration Point in Köln kein Etikettenschwindel sei, sondern den Menschen bestmögliche Unterstützung biete.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt den Bericht des Jobcenters zur Kenntnis.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Gesundheitskarte für Flüchtlinge. TOP 9.1.8 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 1792/2016

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

9.1.1.1 Nutzung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge 2388/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass es einen Ratsbeschluss gebe, dass ein Flüchtlingsgipfel durchgeführt werden soll. Die sozialpolitischen Sprecher/innen haben sich Vorfeld der ASS Sitzung getroffen und Herrn Oster gebeten die Veranstaltung für Januar 2017 zu planen.

Herr Detjen weist darauf hin, dass die Gesundheitskarte nicht für unerlaubte eingereiste Flüchtlinge gelte.

Frau Blümel informiert, dass für diese Gruppe die Clearingstelle eröffnet wurde.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

9.1.2 Unterbringung und Schutz für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge und Entwicklung der Zahl aller Geflüchteten im Asylverfahren. TOP 9.1.7 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 AN/1023/2016

9.1.2.1 Mündliche Anfragen zu besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen 1962/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, wo die Vorlage zu Mindeststandards in der Flüchtlingsunterbringung sei und wann diese Vorlage dem ASS Ausschuss vorgelegt werde.

Herr Ludwig antwortet, dass die Zusage bisher nicht eingehalten werden konnte, da sich die Vorlage noch in der verwaltungsinternen Diskussion befinde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob zur nächsten ASS Sitzung diese Mitteilung vorliege.

Herr Ludwig antwortet, dass die Politik die Vorlage erhalte, sobald die Verwaltungsabstimmung hierüber erfolgt sei.

Herr Detjen teilt mit, dass die Verwaltung die Mindeststandards nicht umfänglich einhalten könne. Dies würde beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen sehr intensiv diskutiert.

Herr Ludwig erinnert daran, dass der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen kein Beschlussgremium sei. Die Verwaltung sei bestrebt, eine einheitliche Verwaltungsmeinung herbei zu führen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

9.1.2.2 Unterbringung und Schutz für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge und Entwicklung der Zahl aller Geflüchteten im Asylverfahren (AN/1023/2016) 2437/2016

Frau Heuser bedankt sich für die Beantwortung. Sie bemerkt, wie hoch die Anzahl der Kinder in den Notaufnahmen sei. Sie appelliert an die Verwaltung alles zu unternehmen, um Frauen mit Kindern in bessere Wohnunterkünfte zu bringen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schließt sich der Aussage von Frau Heuser an.

Frau Schmerbach fragt, wie der Stand der Unterbringung bei der LSBT Gruppe sei.

Herr Ludwig antwortet, dass die Verwaltung für Menschen mit LSBT-Hintergrund alternative Wohnungsunterbringungen finden konnte. Er sagt zu, dass weitere Wohnungsressourcen für diese Menschen bereitgestellt werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis genommen.

9.1.3 Kommunalübergreifende Kooperation zur Flüchtlingsunterbringung. TOP 9.1.6 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016 AN/1002/2016

9.1.3.1 Kommunalübergreifende Kooperation zur Flüchtlingsunterbringung Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln (AN/1002/2016) 2459/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für die Beantwortung, die endlich Klarheit in dieser Angelegenheit bringt.

Frau Hoyer teilt mit, dass sie die kommunalübergreifende Kooperation zur Flüchtlingsunterbringung weiter verfolgen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

9.1.4 Zahlen der Verteilung von Flüchtlingen auf Stadtbezirke 2695/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9.1.5 Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften AN/1383/2016

Die Beantwortung liegt noch nicht vor.

9.2 9. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation 2866/2016

Herr Ludwig skizziert einige Eckpunkte des noch nicht vorliegenden Berichtes. Die Fallzahl zum 31.08.2016 beträgt 13.613 Flüchtlinge, die in den Unterkünften des Wohnungsamtes untergebracht seien. Dies seien 229 weniger als im Vormonat. Die Zuweisungsquote wird von der Stadt Köln erfüllt. Am Anfang dieses Jahres sei die Verwaltung mit einem Defizit von 6.071 zugewiesenen Flüchtlingen in die Zielvereinbarung mit der Bezirksregierung Köln gegangen. Köln müsse nicht mehr Flüchtlinge über die Zuweisungsquote hinaus aufnehmen. Damit beruhigt sich ganz langsam die angespannte Lage der Flüchtlingsunterbringung. Neue Standorte zur Flüchtlingsunterbringung für diesen Monat seien zum einen im Luzerner Weg, wo bereits zwei Hallen belegt seien. Weitere Belegungen und Systembauten seien in Vorbereitung. Die Planung ist, dass in absehbarer Zeit weitere Turnhallen freigeräumt werden können. Im Anschluss an die Freiräumung werden die Turnhallen wieder für den Sportbetrieb hergerichtet und renoviert werden. Danach stehen die Turnhallen dem Schul- und Vereinssport wieder zur Verfügung.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für den mündlichen Vortrag.

Herr Detjen bittet darum, dass zu dem Thema Familiennachzug berichtet werde. Er fragt, ob die Gesamtkosten in Höhe von 281.130.092,12 Euro noch aktuell seien und ob die Kommune nach wie vor Zweidrittel der anfallenden Kosten tragen würde.

Herr Ludwig antwortet, dass er vorerst einen Bericht über den Familiennachwuchs nicht zusagen könne, da erst Erfahrungswerte gesammelt werden müssen.. Die angegebenen Kosten seien valide und aktuell.

Frau Hollmann fragt, ob die Stadt Köln mittlerweile ein EDV-gestütztes Belegungsprogramm benutze.

Herr Ludwig antwortet, dass dies immer noch nicht der Fall sei.

Frau Hoyer ist erfreut, dass es eine Rangliste zur Freiräumung der Turnhallen gebe. Die Unterbringungssituation in den Turnhallen solle jedoch so schnell wie möglich verändert werden. Sie fragt, wie die aktuelle Situation bei den Grundstücken sei, die vor der Sommerpause beschlossen wurden.

Herr Ludwig antwortet, dass für die beschlossenen Flächen Bodengutachten vorliegen würden. Die weitere Vorgehensweise und zukünftige Vorlagen werden in den nächsten Tagen in der Verwaltung besprochen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9.3 Unterbringung von Flüchtlingen im Hotel Elite, Meister-Gerhard-Str. 26, 50674 Köln-Neustadt/Süd 2474/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**9.4 Unterbringung von Flüchtlingen:
Hotel Königshof, Richartzstr. 14-16, 50667 Köln-Innenstadt
2533/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**9.5 Unterbringung von Flüchtlingen
Hotel Blaubach 13, Blaubach 13, 50676 Köln
2734/2016**

Der Vorsitzend Herr Paetzold fragt, wer im Hotel Blaubach untergebracht werden solle.

Herr Ludwig antwortet, dass nach Bedarf untergebracht werden solle.

Frau Heuser fragt, wie die sozialarbeiterische Betreuung geleistet werde.

Herr Ludwig antwortet, dass es einen Betreuungsschlüssel von 1:160 gebe. Es werden städtische Sozialarbeiter/innen eingesetzt die gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt rekrutiert werden. Vor Ort werden von den Sozialarbeiter/innen u.a. Sprechstunden angeboten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.6 KOMM-AN NRW zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den
Kommunen - Sachstandsbericht
2859/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold findet die vorliegende Mitteilung sehr lesenswert. Er bittet um eine Liste der Maßnahmen.

Frau Rehberg sagt zu die Liste zur nächsten Sitzung vorzulegen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

**10.1 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG. TOP 10.2. auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung des OLG Schleswig
1670/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird in der Tagesordnungsdebatte in die nächste Sitzung verschoben.

10.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG. TOP 10.3 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016

**hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -
selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
zur Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird in der Tagesordnungsdebatte in die nächste Sitzung verschoben.

**10.3 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2016
2385/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt den Bericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**11.1.1 Einschränkungen des Bürgerservices. TOP 11.2.1 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/0833/2016**

**11.1.1.1 Einschränkung des Bürgerservice 1684/2016 - Beantwortung von Fragen
2355/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, warum wurde die Wohngeldstelle in den Bürgerämtern eingestellt wurde.

Herr Ludwig antwortet, dass es zwei Gründe gegeben hätte, warum der Bürgerservice in den Bürgerämtern eingestellt wurde. Es verfügen längst nicht mehr alle Bürgerämter über separate Wohngeldstellen, da in einigen Bürgerämtern keine Raumressourcen mehr zur Verfügung standen.

Frau Eggeling teilt mit, dass Anträge teilweise Monate lang nicht bearbeitet würden. Sie bittet darum, diese lange „Nicht-Bearbeitungszeit“ zu verkürzen.

Herr Ludwig bittet darum, dass ihm solche Fälle bei Bekanntwerden konkret mitgeteilt werden, um diese prüfen zu können.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.1.2 Einschränkung des Bürgerservice Köln-Pass - Bezug AN/0833/2016 und 1684/2016
2448/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**11.1.2 Abschiebungen in Köln: Was hat sich durch die neue Gesetzgebung geändert? TOP 11.1.2 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/0653/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

**11.1.3 Nachfrage zur Schulbegleitung als Eingliederungshilfe
2455/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**11.1.4 Sachstand Neubau erstes Frauenhaus. TOP 11.2.5 auf der ASS Sitzung vom 09.06.2016
AN/1022/2016**

**11.1.4.1 Sachstand Neubau erstes Frauenhaus AN/1022/2016
2323/2016**

Frau Heuser dankt für die Beantwortung. Sie fragt, wer die Notwendigkeit für drei zusätzliche Vollzeitstellen gesehen habe. Dies würde weitere Personalkosten nach sich ziehen.

Frau July antwortet, dass bei Beibehaltung des derzeitigen Tagessatzes bei der beabsichtigten Ausweitung der Frauenhausplätze der Personalstamm um eine zusätzliche Vollzeitstelle und eine halbe Stelle im Kinderbereich aufgestockt werden könnte. Bei dieser Förderung sahen sich die Frauenhäuser mit 16 Plätzen nicht in der Lage, bei Beibehaltung des Standards, das Frauenhaus führen zu können. Die Verwaltung habe zugesagt, weitere Kalkulationen durchzuführen. Jedoch können nicht drei weitere Vollzeitstellen bei Beibehaltung des bisherigen Tagessatzes eingerichtet werden.

Frau Hoyer bittet um einen Vergleichsdarstellung, wie der Personalschlüssel in anderen Kommunen aussehe.

Herr Detjen regt an, eine intensive Diskussion um den Personalschlüssel in Frauenhäusern zu führen.

Frau July antwortet auf die Bitte von Frau Hoyer, dass die Frauenhäuser solche Daten ungern an andere Kommunen weitergeben. Die Kölner Frauenhäuser liegen mit dem angewandten Personalschlüssel deutlich über den vorgegebenen Landesrichtlinien.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.5 Fortschreibung des 2012 vorgestellten Monitoring Stadtentwicklung
AN/1290/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.2.1 Antwort zur mündlichen Anfrage zu Vergünstigungen für Köln-Pass-Berechtigte bei der Netcologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH 2523/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt für Frau Kleinpass-Börschel mit, dass sie die Antwort akzeptiert. Er bittet um eine Liste, wie sich die Transferleistungen zusammensetzen würden.

Herr Santelmann sagt zu, eine solche Liste dem Sozialausschuss vorzulegen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.2.2 Fließen Expertisen der Kölner Hochschulen in die Planungen zur Kölner Flüchtlingsaufnahme und zur Bekämpfung der Wohnungsnot ein? AN/1357/2016

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

11.2.3 Gründung einer Metropolregion Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 14.04.2016 - AN/0660/2016 2877/2016

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

11.3 Mündliche Anfragen

Frau Hoyer fragt, ob ankommende Flüchtlinge vermehrt nach Köln geschickt werden, weil sie hier schneller und leichter an Jobs kommen.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Heuser fragt, wie der Sachstand zur Barrierefreiheit in der Freiluga sei.

Herr Dr. Bell antwortet, dass Herr Dr. Becker die zuständigen Dienststellen zweimal angeschrieben habe, um den Ausschuss über den Sachstand zu informieren. Es lege bis heute keine Antwort der zuständigen Dienststelle vor.

Frau Schmerbach fragt, ob weitere Informationen über das Programm „Soziale Stadt“ eingeholt werden können.

Herr Dr. Rau sagt zu, diese Anregung von Frau Schmerbach zu verfolgen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, wie der Sachstand zur sogn „Indianersiedlung“ sei.

Herr Ludwig berichtet von den Ausführungen der Liegenschaftsverwaltung aus der letzten Task Force Flüchtlingsunterbringung. Die Liegenschaftsverwaltung habe Grundstücke, die sie einer Vermarktung zuführen möchte. Es wurden Zweifel von der Liegenschaftsverwaltung geäußert, dass die Bewohnervereinigung für eine mögliche Bebauung eine entscheidende Rolle spielen könne. Es gebe eine intensive Diskussion darüber, durch wen diese Bebauung stattfinden solle. In dieser Diskussion gebe es

unterschiedliche Auffassungen zwischen Bewohnervereinigung und Liegenschaftsverwaltung.

Das Wohnungsamt sei für einen Teil dieser Fläche mit einem Flüchtlingswohnheim in Systembauweise beteiligt.

Herr Detjen weist daraufhin, dass der Sozialausschuss in der Frage der Flüchtlingsunterbringung sich eindeutig positioniert habe. Flüchtlinge sollen besser und menschenwürdiger untergebracht werden. Das Projekt Indianersiedlung bedeute, dass Flüchtlinge ihrer Unterbringung selber bauen. Er bittet darum, dass dieser Ansatz berücksichtigt werde.

12 Mitteilungen

12.1 Musterstreitvereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem Landschaftsverband Rheinland über die sachliche Zuständigkeit für Integrationshelfer in Schule und Kita 1904/2016

Frau Hoyer weist daraufhin, dass der Landschaftsverband die Umlage erhöhen könnte. Diese mögliche Erhöhung müssten dann wieder die Kommunen bezahlen. Da das Land NRW die Leistung bestellt habe, solle das Land auch die Kosten übernehmen. Sie unterstütze, dass die Kommune diese Klage anstrebe.

Herr Dr. Rau antwortet, dass es tatsächlich ein finanzwirtschaftliches Risiko entstehen könne. Es gebe seitens des LVR die Vereinbarung, dass im Falle eines Obsiegens der Stadt Köln, diese Regelung auf andere Kommunen übertragen werde und hieraus eine Erhöhung der Landschaftumlage resultierende könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.2 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung 2100/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

12.3 Wegweiser für die Palliativ- und Hospizversorgung in Köln 2382/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt den vorliegenden Wegweiser.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.4 Wegweiser "Selbsthilfegruppen in Köln, Ausgabe 2016 / Flyer der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln 2422/2016"

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass der vorliegende Wegweiser sehr informativ sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.5 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2015 2403/2016

Frau Hollmann fragt, ob die Verbraucherberatungsstelle ihre Finanzen dem Sozialausschuss darstellen könne, da sie öffentliche finanzielle Mittel erhalte. Besonders interessiere sie sich für die Relation zwischen öffentliche Mittel und eigenen Einnahmen.

Herr Dr. Rau antwortet, dass es einen Tätigkeitsbericht gebe der diese Daten enthalte. Es werde gerade geprüft, ob dieser Tätigkeitsbericht öffentlich sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.6 Durchführung einer Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor" 2776/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

12.7 Köln-Pass als Chipkarte einführen, Prüfauftrag vom 16.11.2015 2562/2016

Herr Detjen regt an, dass die KVB weiter an diesem Projekt arbeiten möge. Er würde es begrüßen, wenn die KVB eine Chipkarte für alle Köln-Pass Inhaber anbieten könne. Er fragt, ob eine Kombination aus Bildungskarte und Köln-Pass möglich sei.

Herr Höhn antwortet, dass die KVB weiter an der Optimierung der Chipkarte arbeiten würde.

Das Ziel der KVB sei es, ein Abo für Köln-Pass Inhaber anzubieten. Die Laufzeit und der Köln Pass gelte ein Jahr. In anderen Gemeinden gebe es aber Laufzeiten, die deutlich kürzer seien. Daher sei die Einführung einer VRS-weiten Karte sehr schwierig.

Frau Ramos teilt mit, dass die Quote der Geringverdiener immer größer werde. Eine Kombination aus Bildungskarte und Köln-Pass würde zuerst höhere Kosten verursachen. Sie vermutet, dass die Bildungskarte in Zukunft immer überflüssig werde. Sie gibt überdies zu bedenken, dass nicht jeder Köln-Pass Inhaber ein Monatsticket der KVB in Anspruch nimmt.

Herr Höhn ergänzt, dass einzelne Angebote für Köln-Pass Inhaber nicht mehr zur Verfügung stehen könnten, da kleinere Anbieter wahrscheinlich nicht bereit seien, die notwendigen Lesegeräte anzuschaffen

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.8 Veröffentlichung der Broschüre "Lebendiges Romanes in Köln - in Kitas, Schulen und Lehrer*innenbildung Köln"
2769/2016**

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der Tagesordnungsdebatte in die nächste Sitzung verschoben.

**12.9 1. Sachbericht zum EHAP-Projekt BONVENA, Berichtszeitraum 01.01. bis 30.06.2016
2751/2016**

Herr Dr. Schulz dankt für den vorliegenden Bericht. Er fragt, ob es ein Missverständnis bei den Fachstellen gebe, da Einzelfälle an die Vermittler zurückverwiesen werden.

Frau Rehberg antwortet, dass dieses angesprochene Problem mit den Vorgaben des Programmes zu tun habe. Die Vorgaben müssten erfüllt werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.10 Einrichtung einer Mehrstelle für Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung
2779/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt die Nicht Öffentlichkeit her.